

## **Impulsvortrag für EKBO-Frauenversammlung**

Warum überhaupt Frauengremien, Frauenversammlung?

Weil es um Macht geht, weil wir davor nicht zurückschrecken dürfen.

Ich stehe als Politikerin der Grünen vor Ihnen – und damit als Vertreterin einer Partei, die sich feministisch nennt: Der Grundsatz „die Hälfte der Macht den Frauen“ gehört seit unserer Gründung vor etwas mehr als 35 Jahren zu uns wie das Ökologische und das Basisdemokratische. Beim ersten Einzug der Grünen in den Bundestag damals in Bonn waren nicht nur die Wollpullover und Bärte der Abgeordneten höchst exotisch, sondern auch, dass gleich zehn Frauen für die neue Partei ins Parlament zogen. Und dass sie Themen wie Gewalt in der Ehe oder Fragen der Sexualität im Bundestag angesprochen haben, war unerhört. Diese Reden lösten lautes Gejohle insbesondere bei den Männern aus der bayrischen C-Partei aus.

Eine Frauenquote haben wir seit unseren Anfangstagen, 1986 wurde das sogenannte Frauenstatut verpflichtend eingeführt. Es gilt in allen Parteigremien und grünen Fraktionen in Bund und Ländern, es sei denn, es gibt dort ein eigenes Frauenstatut. Unser grünes Frauenstatut bedeutet unter anderem: Der Spitzenplatz und alle weiteren ungeraden Listenplätze für Ämter und Mandate – Parteivorsitz, Listen für Bundestags- und Landtagswahlen bis hin zum Ortsverbandsvorsitz – sind Frauen vorbehalten, die restlichen Plätze sind offene Plätze, d.h. dort dürfen sich auch Männer bewerben. Sie sehen also, die grüne Frauenquote mutet Männern einiges zu. Und es geht noch weiter:

Unsere Versammlungen, z.B. auch unsere Parteitage, leiten wir paritätisch und führen Redelisten, die quotiert sind. Das soll dafür sorgen, dass Frauen sich an allen Debatten beteiligen – selbst wenn der Rededrang unserer Männer oft größer ist. Wir bemühen uns, immer gendersensibel zu reden und zu schreiben. Das ist gewöhnungsbedürftig für viele, die neu in die Partei kommen. Mir erging es nicht anders.

Aber die grüne Frauenquote und unser Frauenstatut verändern tatsächlich die Wirklichkeit: Der Frauenanteil der Parteimitglieder ist mit knapp 39 Prozent der höchste unter allen Parteien in Deutschland, in unserer Bundestagsfraktion sind mehr als die Hälfte der Abgeordneten weiblich. Aber auch jenseits von nackten Zahlen und Messbarkeit macht die grüne Frauenpolitik einen Unterschied in der Ansprache und öffentlichen Wahrnehmung: Es gibt einfach sehr viele, sehr sichtbare grüne Spitzenfrauen in Bund und Ländern – die viel beschworenen weiblichen Role Models – bei uns gibt es sie, in allen Variationen. (...)

Lebt man als grüne Frau also auf einer Insel der Glückseligen? Meine Antwort, Sie ahnen es: Nein! Unser Frauenstatut birgt auch Risiken: Wir drohen oftmals gerade junge Frauen zu „verheizen“, indem wir ihnen Leitungsämter antragen, auch wenn sie noch wenig oder gar keine Erfahrung mitbringen. - Und auch bei uns gibt es das typische Modell: Ein älterer erfolgreicher Mann fördert eine junge Frau, wissend, dass sie ihm in seiner eigenen Laufbahn nie gefährlich werden kann - und instrumentalisiert sie im Konkurrenzkampf gegen Frauen seines eigenen Alters, die ihm gefährlich werden können: Das erschwert Bündnisse unter Frauen.

Dennoch braucht es diese Bündnisse, auch 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts.

ZdK: Frauentreffen zu Beginn der politischste Moment der Vollversammlungen. Funktionieren deshalb so gut, weil es in meiner Kirche noch so offensichtlich männerdominiert und patriarchalisch zugeht.

- 1) In evangelischer Kirche sieht es anders aus. Deshalb: Welche Kämpfe müssen Sie intern noch führen - und wie sieht es in der Welt um uns herum aus?

100 Jahre Frauenwahlrecht. - Frauenwahlrecht war damals durchaus umstritten als Kampftema Nr. 1. Frauen aus der Arbeiterbewegung fürchteten, dass Kampf gegen Kapitalistische Herrschaftsstrukturen und Ausbeutung dadurch beiseite geschoben wird. Frauen hatten und haben also noch nie alle dieselben Ziele, selbst wenn sie sich alle als Feministinnen bezeichnen.

Feminismus nicht eindeutig definiert. - Wenn er mehr sein will als Gruppenegoismus, muss er solidarisch sein. Das erfordert die Frage: Wo sind Frauen um unsere eigene Lebenswelt herum, wie steht es um deren Rechte? Wo werden Kämpfe heute auf dem Rücken von Frauen ausgetragen?

- Schwarze Bewegung für „Reproductive Justice“ erinnert uns daran, dass es beim Recht auf sexuelle Selbstbestimmung nicht nur um das Recht auf Abtreibung geht. Das markieren sie als Perspektive weißer Frauen. - Für schwarze Frauen, aber auch für andere Gruppen bedeutet sexuelle Selbstbestimmung Kampf gegen Zwangsabtreibung, -verhütung, Recht ein Kind zu bekommen - und so zu erziehen, wie man es will. Gibt es vor dem Hintergrund eine Möglichkeit, die jetzige Debatte um 219a / 218 zu erden? Unter kirchlichen

BefürworterInnen der Beratungslösung gibt es die Rede von der „doppelten Anwaltschaft“ – für die schwangere Frau ganz genauso wie für das Kind. – Das unterscheidet diese Position von fundamentalchristlichen und rechtspopulistischen Bewegungen wie dem „Marsch für das Leben“, wo Kinderrechte gegen die Frau geschützt werden sollen. – Hier wünsche ich mir deutliche Positionierungen gerade von kirchlich engagierten Frauen.

- Zweites sehr aktuelles Beispiel: Frauen und das Kopftuch. – Wie schaffen wir es, solidarisch zu sein mit Frauen, die ein Kopftuch als Ausdruck ihrer Religionsfreiheit tragen wollen – und mit Mädchen, die nicht dazu gezwungen werden wollen? Wie führen wir die Debatte überhaupt so, dass die Frauen und Mädchen selbst in den Blick und zu Wort kommen – und nicht Männer, die das Kopftuch der Frauen für ideologische Auseinandersetzungen nutzen? Diese Stimmen kommen sowohl aus der fundamentalistischen Ecke als auch aus der rechten Ecke. – Die einen machen Kopftuch zum Zeichen für „gute Muslima, schlechte Muslima“, machen Kopftuch zum politischen Kampfsymbol und beleidigen damit auch Religiosität der Frauen. Die anderen entdecken die Frauenrechte immer nur dann und insoweit, als es gegen den Islam geht.
- Hier wäre schon viel gewonnen, wenn die Debatte mit den betroffenen Frauen und Mädchen und nicht nur über sie geführt würde. Ganz im Sinne der „doppelten Anwaltschaft“.

So, und zum Schluss zurück zu einer eher innerkirchlichen Solidarität und Frauenfrage: Das katholische Amtsverständnis ist letztlich, so zumindest meine persönliche und eher politische Sicht auf die Dinge – das Haupthindernis für die Ökumene. Wesentlich für das Amtsverständnis: Frauenpriestertum. Schritte für katholische Frauen sind mühsam und verlangen langen Atem. Ich kann mich manchmal nur wundern, wie geduldig und unverbesserlich konstruktiv wir katholischen Frauen sind. – Osnabrücker Thesen: "Nicht der Zugang von Frauen zu den kirchlichen Dienste und Ämtern ist begründungspflichtig, sondern deren Ausschluss" (Ende 2017, Theologinnen). Klingt für Sie selbstverständlich, ist für uns schon ein revolutionärer Perspektivwechsel, den noch längst nicht alle verinnerlicht haben.

Ich weiß, dass auch katholische Frauenverbände in dieser Frage unterschiedlicher Ansicht sind. Aber ich wünsche mir, dass protestantische Frauen das Thema offensiv ansprechen, auch und gerade wenn Bischöfinnen es mit katholischen Bischöfen zu tun haben.